

01. Januar 1959, vor 65 Jahren Sieg der Revolution in Kuba über das reaktionäre Batista-Regime.

04. Januar 1919, vor 105 Jahren Beginn der Januarkämpfe in Berlin. Niederschlagung durch von Noske (SPD) befehligte Regierungstruppen.

19. Januar 1919, vor 105 Jahren Einführung des Frauenwahlrechtes in Deutschland.

27. Januar 1934, vor 85 Jahren gaben die deutschen evangelischen Bischöfe nach einer Unterredung mit Hitler eine Treueerklärung zu ihm ab.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

1. Ausgabe / 34. Jahrgang

Für Halle (Saale)

16. Januar 2024

Die Linke startet in das Wahljahr 2024!

Am Samstag, dem 16. Dezember 2023 haben wir auf unserer Mitgliederversammlung 35 Kandidat*innen gewählt und beschlossen, unseren Wahlkampf und unseren Einsatz für ein besseres Halle unter das Motto „sozial klima gerecht“ zu stellen.

Sozialistische Politik für Halle heißt: Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit in der Kommune zusammendenken.

Unsere Politik ist für die da, die die soziale Krise am härtesten trifft. Wir stellen uns gegen das Abkassieren privater Vermieter*innen, die ihre Mieter*innen im Kalten sitzen lassen. Wir stellen uns dagegen, dass HWG und GWG Millionenbeiträge in den Stadthaushalt abführen müssen und ihre Mieter*innen dafür zahlen müssen. In Halle muss jede*r ein bezahlbares Dach über dem Kopf haben. Wir wollen gleiche



Bildungschancen, überall Schulsozialarbeit und gute Schulgebäude in allen Stadtteilen.

Unsere Politik ist solidarisch mit diejenigen, die jetzt schon ihre Heimat aufgrund der Klimakatastrophe verlieren und mit denjenigen, denen die auch in Halle zunehmenden Wetterextreme schwer zu schaffen machen. Mit unserer Politik leisten wir einen Beitrag zur schnellstmöglichen CO2-Neutralität und verbessern das Leben hier vor Ort mit Sonnensegeln, Grünflächen, Trinkbrunnen, Freiflächen und vielem mehr. Wir wollen eine Kommune, die klimagerecht und sozialgerecht ist, die allen gerecht wird, antifaschistisch, demokratisch und offen ist. Gemeinsam mit euch wollen wir so eine Kommune gestalten - und schreiben diese Zukunft mit unseren Kandidat*innen auf den Wahlzettel für 2024!



Gesamtmitgliederversammlung am 16.12.2023

Wahlergebnisse

Gesamtliste Wahlbereich 1

Platz 1	Lange, Hendrik
Platz 2	Radig, Christine
Platz 3	Krimmling, Renate
Platz 4	Balint, Jannik
Platz 5	Röttschke, Jan
Platz 6	Ali, Tarek
Platz 7	Zahn, Lucas

Gesamtliste Wahlbereich 2

Platz 1	Krimmling-Schoeffler, Anja
Platz 2	Meerheim, Bodo
Platz 3	Stock, Klara
Platz 4	Busch, Richard
Platz 5	Böttger, Janina
Platz 6	Waltenburg, Felix
Platz 7	Pommrich, Rainer

Gesamtliste Wahlbereich 3

Platz 1	Müller, Katja
Platz 2	Wanke, Lukas
Platz 3	Fromme, Patricia
Platz 4	Quensel, Kolja
Platz 5	Hoffmann, Jan
Platz 6	Erling, Thomas
Platz 7	Kohl, Johannes

Gesamtliste Wahlbereich 4

Platz 1	Gernhardt, Dirk
Platz 2	Nagel, Elisabeth
Platz 3	Storf, Joana
Platz 4	Borrmann, Anton
Platz 5	Mackies, Stefanie
Platz 6	Breitengraser, Jens
Platz 7	Drechsler, Georg
Platz 8	Horn, David
Platz 9	Tassler, Henning

Gesamtliste Wahlbereich 5

Platz 1	Haupt, Ute
Platz 2	Schulze, Philipp
Platz 3	Krischok, Marion
Platz 4	Zarrad, Elias
Platz 5	Wagner, Jan

Wahl Listenplatz 1, Wahlbereich 1

abgegeben 70 Stimmen
Lange, Hendrik ja 60, nein 7, Enthaltung 3

Wahl Listenplatz 2, Wahlbereich 1

abgegeben 71 Stimmen
Radig, Christine ja 57, nein 8, Enthaltung 6

Wahl Listenplatz 3, Wahlbereich 1

abgegeben 65 Stimmen
Krimmling, Renate ja 49, nein 11, Enthaltung 5

Wahl ab Listenplatz 4, Wahlbereich 1

abgegeben 60 Stimmen
Balint, Jannik ja 49
Röttschke, Jan ja 45
Ali, Tarek ja 43
Zahn, Lucas ja 40

Wahl Listenplatz 1, Wahlbereich 2

abgegeben 71 Stimmen
Krimmling-Schoeffler, Anja ja 55, nein 5,
Enthaltung 11

Wahl Listenplatz 2, Wahlbereich 2

abgegeben 71 Stimmen, 2 ungültig
Meerheim, Bodo ja 35
Stock, Klara ja 30
Enthaltung 4

Wahl Listenplatz 3, Wahlbereich 2

abgegeben 68 Stimmen
Stock, Klara ja 53, nein 8, Enthaltung 7

Wahl ab Listenplatz 4, Wahlbereich 2

Liste zur Sicherung der Mindestquotierung
abgegeben 60 Stimmen
Böttger, Janina ja 51

Wahl ab Listenplatz 4, Wahlbereich 2

abgegeben 60 Stimmen, 1 ungültig
Busch, Richard ja 47
Waltenburg, Felix ja 46
Pommrich, Rainer ja 38

Wahl Listenplatz 1, Wahlbereich 3

abgegeben 70 Stimmen

Müller, Katja ja 50, nein 15, Enthaltung 5

Wahl Listenplatz 2, Wahlbereich 3

ungültig

abgegeben 71 Stimmen, 3 ungültig

Wanke, Lucas ja 49

Heyner, Leonie ja 7

Enthaltung 12

Wahl Listenplatz 3, Wahlbereich 3

abgegeben 68 Stimmen, 1 ungültig

Fromme, Patricia ja 55

Heyner, Leonie ja 7

Enthaltung 5

Wahl ab Listenplatz 4, Wahlbereich 3

abgegeben 56 Stimmen, 1 ungültig

Quensel, Kolja ja 47

Hoffmann, Jan ja 40

Erling, Thomas ja 36

Kohl, Johannes ja 28

Wahl Listenplatz 1, Wahlbereich 4

abgegeben 71 Stimmen,

Gernhardt, Dirk ja 56, nein 10, Enthaltung 5

Wahl Listenplatz 2, Wahlbereich 4

abgegeben 71 Stimmen, 3 ungültig

Nagel, Elisabeth ja 42

Storf, Joana ja 18

Enthaltung 8

Wahl Listenplatz 3, Wahlbereich 4

abgegeben 68 Stimmen

Storf, Joana ja 42, nein 9, Enthaltung 17

Wahl ab Listenplatz 4, Wahlbereich 4

Liste zur Sicherung der Mindestquotierung

abgegeben 56 Stimmen, 1 ungültig

Mackies, Stefanie ja 44

Wahl ab Listenplatz 4, Wahlbereich 4

Gemischte Liste

abgegeben 56 Stimmen

Borrmann, Anton ja 47

Breitengraser, Jens ja 46

Drechsler, Georg ja 40

Horn, David ja 38

Tasler, Henning ja 27

Wahl Listenplatz 1, Wahlbereich 5

abgegeben 71 Stimmen,

Haupt, Ute ja 64, nein 4, Enthaltung 3

Wahl Listenplatz 2, Wahlbereich 5

abgegeben 71 Stimmen,

Schulze, Philipp ja 59, nein 6, Enthaltung 6

Wahl Listenplatz 3, Wahlbereich 5

abgegeben 68 Stimmen,

Krischok, Marion ja 56, nein 8, Enthaltung 4

Wahl ab Listenplatz 4, Wahlbereich 5

abgegeben 56 Stimmen,

Zarrad, Elias ja 53, nein 1, Enthaltung 2

Wagner, Jan ja 47, nein 2, Enthaltung 7

Wahl zum Landesausschuß,

Wahlgang zur Sicherung der Mindestquotierung

abgegeben 66 Stimmen,

Radig, Christine ja 61, nein 3, Enthaltung 2

Wahl zum Landesausschuß,

gemischte Liste

abgegeben 68 Stimmen,

Krimmling, Ulrich ja 61, nein 4, Enthaltung 3

Linkes Blatt

Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Ute Haupt/Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 230 Exemplare
Spende erbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
11.01.2024
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 07.02.2024

Wahlkampfunterstützung Berlin Zeitraum 29.01. bis 10.02.

Liebe Genossinnen und Genossen,
das Jahr hat kaum begonnen und schon steht die erste Wahl an und die ist keine unwichtige. In einem Monat gilt es in Berlin zu zeigen, dass Die Linke wieder da ist, dass sie zugewinnen und vor allem ihre Mandate verteidigen kann.

Deshalb sind wir alle aufgerufen, unsere Berliner Genossinnen und Genossen bei der Neuwahl zum Bundestag zu unterstützen. Insbesondere gilt es genügend Stimmen zu bekommen, damit Pascal Meiser in Friedrichshain-Kreuzberg sein Mandat behält und vielleicht sogar Udo Wolf in Pankow (fast der ganze Wahlkreis muss neu gewählt werden) eine ehemalige Hochburg zurückerobert. Die Schwäche der Ampel muss unsere Chance sein, wollen wir nicht, dass dieses Land noch weiter nach rechts abrutscht.

Deshalb wollen einige Genossinnen und Genossen aus Halle nach Berlin reisen und den Wahlkampf vor Ort unterstützen. Das Ganze soll im Zeitraum vom 29.01. bis zum 10.02. stattfinden. Wie viele Tage ihr in Berlin verbringen wollt, ob nur einen oder mehrere, steht euch natürlich frei und wir versuchen entsprechend Anreisen zu organisieren, genau wie Übernachtungen bei Berliner Genossinnen und Genossen. Je nachdem, wie viele von euch sich melden und in welcher und wie viel Zeit ihr mitkommen wollen würdet, planen wir weiter.

Ihr habt Interesse und Lust? Dann meldet euch einfach bei unserem Stadtvorstandsmitglied Jens: jensbreitengraser@gmx.de, 0176/57936364.

26. Januar 2024 - AG Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung

Zeit: 18 Uhr

Ort: Gaststätte „Zum Kleeblatt“, Am Kinderdorf 1, 06124 Halle

Diesmal soll es um den Flächennutzungsplan der Stadt Halle gehen. Um eine Voranmeldung bei der Genossin Marion Krischok wird gebeten.

Tief bewegt teilen wir euch mit, dass unsere Genossin

Ingrid Höpner

kurz vor ihrem 88. Geburtstag am 27. Dezember 2023 verstorben ist.

Ingrid war über viele Jahre eine sehr interessierte, engagierte Genossin.

Mit viel Einsatz hat sie ihre BO Riebeckplatz/Hofjäger geleitet und sich um die Organisation und Durchführung des Senioren-Cafés gekümmert.

Mit Ingrid verlieren wir eine engagierte Genossin, deren Andenken wir stets bewahren werden.

Ute Haupt und Jan Röttschke



27. Januar 2024 - Holocaust Gedenktag

Zeit: 10 Uhr

Ort: Portalnachbau der hallischen Synagoge am Großen Berlin (Jerusalemmer Platz)

Im Anschluss ist ab 11 Uhr im Rathshof auf dem Marktplatz eine Ausstellungseröffnung, wo Briefe jüdischer Bürger aus Halle gezeigt werden.

Aus der letzten Stadtratssitzung am 20.12.2023

Auch wenn auf dem Marktplatz der Weihnachtsmarkt lockte- es galt eine Tagesordnung der Stadtratssitzung abzuarbeiten....

Nach der Einwohnerfragestunde konnte Herr Geier, Bürgermeister der Stadt Halle, wieder interessante Entwicklungen im Bericht des Oberbürgermeisters vorstellen.

So führte er beispielsweise aus, dass die Stadt Halle (Saale) und weitere Partner das ehemalige Kaufhof-Gebäude für vielfältige Veranstaltungen nutzen. Dazu gehörte u.a. ein Forum zur städtebaulichen Entwicklung des Riebeckplatzes. Er informierte auch darüber, dass 2000 neue Bäume für den „Geburtenwald“ in der Dölauer Heide von Familien gepflanzt wurden. Interessant war auch die Information, dass Jugendliche aufgerufen waren, sich an der Planung des Zukunftszentrums zu beteiligen. Folgende Ideen sind entwickelt wurden: Begegnungs- und Bibliothekscafé, Sport- und Kreativbereiche, Entwicklung von Alltagskompetenzen, jugendgerechte Drogenaufklärung u.a.m. Zum Tag des Ehrenamtes konnte die Stadt Halle (Saale) 365 Ehrenamtskarten verleihen. Mit dieser Karte, die u.a. den Besuch einer kulturellen Veranstaltung ermöglicht, wird den Engagierten Dank gesagt. Herr Geier informierte weiter, dass am 17. Dezember 2023 die Hallenser Turn-Weltmeister Lukas Dauser und Basketball-Weltmeister Andreas Obst zu den Sportlern des Jahres 2023 gekürt wurden.

Beschlossen wurde im Stadtrat die Richtlinie zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements. Damit sind auch für die nächsten zwei Jahre wieder die Mitglieder des Engagementbeirates bestätigt wurden.

Ohne größere Diskussionen verabschiedeten wir den Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle und den Zuwendungsvertrag über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für die Jahre 2024 bis 2028. Damit werden die vielfältigen künstlerischen und gesellschaftspolitischen Aufgaben der Theater, Oper und Orchester GmbH gesichert.

Ein neuer Straßename wurde vergeben: der Honig-

weg. Verschiedene Bebauungspläne, wie z.B. zur Wohnbebauung Sandbirkenweg, zum RAW-Areal oder zum Sondergebiet Klinik Bergmannstrost wurden einstimmig beschlossen.

Vertagt wurden die Vorlagen zur Schulentwicklungsplanung und die Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale). Hier gab es noch weiteren Abstimmungsbedarf. Die Vorlagen werden dann voraussichtlich in der nächsten Stadtratssitzung behandelt.

Beschlossen wurde ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der Linken, der SPD, der Mitbürger und der Grünen zur Erarbeitung einer Richtlinie für ein Baulandmodell Halle (Saale). Dahinter verbirgt sich, dass Investor*innen bzw. Eigentümer*innen bei Neu- und Sanierungsvorhaben, bei denen eine städtische Bauleitplanung durchgeführt wird, vertraglich an den Kosten für im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben erforderliche Infrastruktur (z.B. Kindertagesstätten) beteiligt werden und sichergestellt wird, dass ein Anteil von mindestens 20% an Wohnungen (bezogen auf die Wohnfläche) mit sozialverträglichen Mieten mit einer Miethöhe von maximal 20% über dem aktuellen KdU-Wert bereitgestellt wird. Ein Entwurf für diese Richtlinie soll uns bis zum Ende des 1. Quartal 2024 vorgelegt werden. Damit könnte die Selbstverpflichtung der Stadt Halle (Saale) aus dem Wohnungspolitischen Konzept, dass mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird, weiter erfüllt werden.

Für viel Diskussion sorgte der Antrag der Fraktionen Mitbürger, der Grünen, der SPD und der Linken zur Umbenennung eines Abzweigs des Universitätsringes in Anton-Wilhelm-Amo Straße. Anton Wilhelm Amo gilt als der erste afrodeutsche Akademiker und studierte ab 1727 an der UNI Halle- Wittenberg. Seit langer Zeit gibt es gemeinsam mit der UNI Halle Versuche, eine Würdigung für Anton Wilhelm Amo vorzunehmen. Die Umbenennung dieses Abzweiges des Uni-Ringes hielten wir für angemessen. Die Uni-Nähe ist gegeben und wir halten auch den administrativen Folgeaufwand betroffener Anlieger vergleichsweise klein.

Unser Antrag zum Verzicht auf Strafantrag durch die

Hallesche Verkehrs.AG 8 HAVAG) bei Erschleichung von Beförderungsleistungen wurde zur weiteren Diskussion in die Ausschüsse verwiesen. Wir verfolgen mit diesem Antrag die Absicht, dass eine Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein erfolgen soll. Statistiken zeigen, dass Betroffene, häufig arbeitslos (87%) ohne festen Wohnsitz (15%) und

suizidgefährdet sind (15%).

Die umfangreichen Anfragen unserer Fraktion zur Kleingartenkonzeption und zu Nutzungskonflikten in Kleingartenanlagen konnten noch nicht beantwortet werden. Wir erwarten eine Antwort im Januar-Stadtrat.

Ute Haupt



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat Januar Geburtstag haben.



**11. Februar 2024 -
Gedenken zum 133. Geburtstag von
Karl Meseberg**

Zeit: 11 Uhr

Ort: Südfriedhof Halle, Eingang Huttenstraße

**13. Februar 2024 -
Mitgliedertreffen des Ortsverbandes Süd**

Zeit: 17 Uhr

Ort: Gesundheitszentrum Silberhöhe e. V., Wilhelm-von-Klewiz-Straße 11, 06132 Halle (Saale)

**9. März 2024 -
Gedenken zum 78. Todestag von Martha
Brautzsch**

Zeit: 11 Uhr

Ort: Südfriedhof Halle, Eingang Huttenstraße

13. März 2024 - Gedenken zum 105. Todestag von Karl Meseberg

Zeit: 11 Uhr

Ort: Südfriedhof Halle, Eingang Huttenstraße

Liebe Seniorinnen und Senioren,

das neue Jahr hat begonnen und ich wünsche uns allen, dass es ein gesundes, erfolgreiches und friedliches Jahr 2024 wird.

* Am 24. Januar 2024 findet unser nächster Senior*innen-Treff statt. Das Thema sind die vor unserem Stadtverband und der Stadtratsfraktion liegenden Aufgaben in diesem Jahr, in dem sowohl die Kommunalwahlen als auch die Europawahl stattfinden. Eingeladen zu unserem Treff sind unsere beiden Co-Vorsitzenden Ute Haupt und Jan Röttschke.

Wir treffen uns am 24.01.2024 um 14.30 Uhr im LiLa (Leitergasse 4).

Ich hoffe, euch wieder zahlreich, gesund und munter begrüßen zu dürfen.

Viele Grüße bis bald
Lydia Roloff



Proteste der Bauernverbände sind berechtigt

Zu den Protesten der Bauernverbände erklären die Landesvorsitzenden Janina Böttger und Hendrik Lange:

Wir unterstützen friedliche Proteste der Landwirtinnen und Landwirte gegen die Kürzung der Ampel beim Agrardiesel und der Kfz-Steuer. Wir begrüßen, dass die agrarpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen und Ina Latendorf, agrarpolitische Sprecherin für DIE LINKE im Bundestag, die Initiative ergriffen haben, das Gespräch mit Agrarverbänden über notwendige Maßnahmen für Landwirtinnen und Landwirte geführt und eine gemeinsame Erklärung verabschiedet haben.

Die Proteste sind berechtigt, stehen doch die Landwirtinnen und Landwirte seit Langem unter großem finanziellem Druck. Die Einsparpläne der Ampel gefährden dabei den sozial-ökologischen Umbau der Landwirtschaft. Diese plötzlichen politischen Entscheidungen zerstören Vertrauen und gefährden den Zusammenhalt. Es braucht stattdessen verlässliche und planbare Rahmenbedingungen. Die Schuldenbremse erweist sich dabei erneut als untaugliches Mittel und verhindert notwendige Investitionen.

Agrarpolitische Sprecherinnen der Partei Die Linke in Bund und Ländern fordern Sofortmaßnahmen für Landwirtinnen und Landwirte

„Wir unterstützen die andauernden Proteste der Landwirtinnen und Landwirte ohne eine Vereinnahmung von Extremen“, erklären Ina Latendorf, agrarpolitische Sprecherin für Die Linke im Bundestag, Kerstin Eisenreich, agrarpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt und die agrarpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen der Partei Die Linke.

„Wir haben“, so die Sprecherinnen und Sprecher weiter, „kurzfristig eine Initiative ergriffen, um mit Agrarverbänden ins Gespräch zu kommen. Ein erstes Treffen mit den Verbänden hat dazu gestern stattgefunden. Wir stimmen darin überein, dass Sofortmaßnahmen für Landwirtinnen und Landwirte jetzt auf den Weg gebracht werden müssen.“ Es braucht zusätzlich verlässliche und planbare Rahmenbedingungen, die durch die Politik getroffen werden, um eine nachhaltige und moderne Landwirtschaft zu gewährleisten. Die agrarpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Partei Die Linke stellen fest: „Die Bauernproteste sind berechtigt. Wir als Linke fordern die Umsetzung der lange schon auf dem Tisch liegenden Maßnahmen der sog. ‚Borchert-Kommission‘ und der ‚Zukunftskommission Landwirtschaft‘ (ZKL). Die dort vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen geben der Landwirtschaft eine Perspektive. Die berufsständischen Vertretungen sind bei der Erarbeitung der Umsetzungsmaßnahmen unbedingt einzubeziehen, eine verlässliche Finanzierung ist sicherzustellen.“ Die Landwirtschaftsproteste zeigen, dass die schlechte

Politik der Ampel durch eine progressive Politik für die Menschen im Land ersetzt werden muss. Wir brauchen mehr Beteiligung der Akteur*innen und einen breiten Dialog über die Frage, wie die Landwirtschaft der Zukunft aussehen, sich entwickeln und unterstützt werden soll. Die Landwirtschaft in Deutschland steht am Scheideweg. Wir als Die Linke wollen Sorge dafür tragen, dass Agrarpolitik wieder sachgerecht, planbar und verlässlich gestaltet wird.

„Die Transformation der Agrarpolitik ist der erste notwendige Schritt zur Transformation der Landwirtschaft“, so formulierte es gestern ein Verbandsvertreter treffend.



Die Linke mit neuer Bundesgeschäftsführung

Der Bundesgeschäftsführer der Partei Die Linke, Tobias Bank, hat die Parteivorsitzenden Martin Schirdewan und Janine Wissler darüber informiert, dass er sein Amt niederlegt. Tobias Bank war 2022 auf dem Erfurter Parteitag als Bundesgeschäftsführer gewählt worden. Dazu erklären die Vorsitzenden der Partei Die Linke, Janine Wissler und Martin Schirdewan:

„Wir bedauern den Rücktritt von Tobias Bank. Wir nehmen die Entscheidung mit Respekt zur Kenntnis und danken ihm für das Engagement und die geleistete Arbeit. Die Herausforderungen in diesem Jahr sind groß, deshalb organisieren wir einen schnellen und reibungslosen Übergang, um gemeinsam Kurs auf die Europawahl zu nehmen. Als kommissarische Bundesgeschäftsführung schlagen wir dem Parteivorstand die stellvertretenden Parteivorsitzenden Katina Schubert und Ates Gürpınar vor.

Wir sind dankbar, dass Katina Schubert und Ates

Gürpınar bereit sind, die Bundesgeschäftsführung in dieser Situation kommissarisch zu übernehmen. Beide waren bereits Landesgeschäftsführer und Landesvorsitzende, Katina Schubert in Berlin, Ates Gürpınar in Bayern, beide kennen die Partei gut, haben viel organisationspolitische Erfahrung, haben erfolgreiche Wahlkämpfe organisiert und geleitet. Sie haben das Vertrauen der Delegierten und wurden mit überzeugenden Ergebnissen vom Parteitag gewählt. Gemeinsam werden wir alles daran setzen, dass 2024 für die Partei ein Erfolgswort wird.“

Bürgergeld-Pläne eines Sozialdemokraten nicht würdig

Die Reformpläne von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil zum Bürgergeld werden von der Partei Die Linke scharf kritisiert. Dazu erklärt der Vorsitzende der Partei Die Linke, Martin Schirdewan:

„Der Vorschlag zur Kürzung des Bürgergeldes ist eines sozialdemokratischen Arbeitsministers nicht würdig. Heils Vorschlag, die Sanktionen gegen Bezieher des Bürgergeldes massiv zu verschärfen, ist schäbig. Die SPD bricht damit in Rekordzeit die Versprechen des Kanzlers und Parteitagsbeschlüsse, dass es in der Haushaltskrise keinen Sozialabbau geben wird. Niedrigere Sozialleistungen führen auch zu niedrigeren Löhnen. Damit fallen die Sozialdemokraten Arbeitslosen und Lohnabhängigen in den Rücken. Dabei ist der angebliche Sparzwang selbst produziert, denn die Bundesregierung will weder die Investitionsbremse lösen, noch ist sie bereit, Reiche und Vermö-

gende stärker zu besteuern. Mit einer Vermögensabgabe für die ganz Reichen wären überhaupt keine Kürzungen nötig und die notwendigen Investitionen möglich. Ich fordere eine einmalige Abgabe einer Vermögensabgabe, die die oberen 0,7 Prozent der erwachsenen Bevölkerung belastet. Dabei geht es um Menschen mit einem privaten Nettovermögen (Vermögen abzüglich Verbindlichkeiten) von zwei Millionen Euro bzw. fünf Millionen Euro bei Betriebsvermögen. Damit könnten langfristig rund 310 Milliarden Euro eingenommen werden.“

Martin Schirdewan

**Soziale Sicherheit
Investitionen für
ein gutes Leben**



Ulrich Sigmund ist als Vorsitzender des Sozialausschusses im Landtag untragbar

Das rechtsextreme Geheimtreffen in Potsdam mit dem Kopf der Identitären Bewegung und AfD-Vertretern kommentieren Eva von Angern und Henriette Quade für die Fraktion Die Linke Sachsen-Anhalt:

„Spitzenvertreter der AfD haben bei einem rechtsextremen Treffen mit dem Aktivisten Martin Sellner teilgenommen. Bei der Beratung in Potsdam soll ein Plan zur millionenfachen Vertreibung von Menschen und Ausweisung von politischen Gegnern Thema gewesen sein. Ulrich Sigmund, Fraktionsvorsitzender der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt, hat seine Teilnahme bereits eingeräumt.

Ulrich Sigmund hat den Vorsitz des Sozialausschusses inne. Für die Fraktion Die Linke ist dies ein untragbarer Zustand. Wer sich gegen Menschen- und Bürgerrechte stellt, hat auf einer herausgehobenen Position des Landtages nichts zu suchen. Der Sozialausschuss steht im Dienst einer solidarischen Gesellschaft, Ulrich Sigmund tut dies offensichtlich nicht. Rechtsextreme Säuberungspläne wie beim Treffen in Potsdam machen vielen Menschen Angst und Sorge und verstärken ihre persönliche Bedrohungslage. Damit findet sich die Fraktion Die Linke nicht ab. Die politische Verrohung und Befehdung muss gestoppt werden, diese Gesellschaft braucht Politik des Zusammenhaltens.

Wer sich wie die AfD von Ideologen wie Sellner beraten lässt, weiß, was er bekommt. Sellner hetzt seit Jahren in der Einwanderungsfrage und bekämpft die offene Gesellschaft. Erst vor wenigen Tagen spielte er in einer Videobotschaft begrifflich auf die revolutionären Proteste in der Ukraine von 2013/2014 an, als er die Bauernproteste als Möglichkeit eines „deutschen Maidans“ bezeichnete.

Vor dem Hintergrund der radikalen Positionierung innerhalb der AfD sowie der Zusammen-

arbeit mit der aktivistischen rechten Szene ist die Prüfung eines Verbotverfahrens richtig. Es ist das Instrument des Rechtsstaates gegen Umsturz- und Allmachtsphantasien, die immer offener zu Tage treten. Diese Prüfung und ein mögliches Verbot sind langwierig und risikoreich. Deshalb kommt es auf konkreten Widerspruch und klare Signale an, wie die Ablösung von Ulrich Sigmund vom Ausschussvorsitz.“



Rezension

Ulrike Winkler Mit dem Rollstuhl in die Tatra-Bahn.

Menschen mit Behinderungen in der DDR: Lebensbedingungen und materielle Barrieren Mitteldeutscher Verlag Halle (Saale) 2023, ISBN 978-3-96311-641-4, 312 S.

In den Schlussbetrachtungen zu diesem Buch, dessen Ergebnisse zu einem größeren Projekt gehören (Kiel-Münchener Verbundprojekt „Menschen mit Behinderungen in der DDR“), heißt es: „Am Beispiel der Städte Halle und Halle-Neustadt wurden erstmals Einflüsse der gebauten Umwelt auf das Leben von Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen in der DDR untersucht“ (S. 278).

Der Vergleich ist schon insofern interessant, da es sich mit Halle um eine Stadt mit überalterter Wohnbausubstanz und damit „fast keinen Möglichkeiten für entsprechende architektonische Umrüstungen“ handelte, während in Halle-Neustadt vieles erst in Planung und Entstehung war, so dass hier günstigere Gegebenheiten vorlagen.

Die Studie beschäftigte sich mit Lebens- und Arbeitsbedingungen von Erwachsenen mit angeborenen oder erworbenen körperlichen sowie Sinnesbeeinträchtigungen, die nicht in einem Heim, sondern in einer der beiden genannten Städte lebten (vgl. S. 16).

Vielfach werden persönliche Schicksale, Antragsstellungen und Entscheidungen ausführlich beschrieben, inklusive der jeweiligen Stellungnahmen von zuständigen Amtspersonen. Für die Hallenser Leserschaft dürfte gerade dies besonders interessant sein, da sie die Ämter und ihre EntscheidungsträgerInnen noch kennen. Und die Halle-NeustädterInnen erleben nochmals Entscheidungen zum Bau (oder eben Nicht-Bau) bestimmter Einrichtungen und Details in ihren Wohnkomplexen. Gemeint sind nicht nur Rampen, Fahrstühle und rollstuhlgerechte Wohnungen, sondern auch für alle Menschen erreichbare Fernsprecher, Warenautomaten, Briefkästen, Toilettenanlagen etc.

Häufig zeigte sich gerade bei diesen Einzelheiten das Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit der sozialistischen Gesellschaft. Hinzu kam bei Halle-

Neustadt, dass diese als Wohnort für junge Familien konzipiert worden war, ältere Menschen in großer Zahl, Personen mit Behinderungen evtl. nach Arbeitsunfällen, behinderte Kinder waren ursprünglich in der Planung nicht berücksichtigt worden (vgl. S. 186). Gleichzeitig wird auf die Entstehung und Aktivitäten erster Selbsthilfegruppen in der DDR eingegangen.

Trauriges Fazit des gesamten Projektes ist, dass das vereinte Deutschland in puncto Barrierefreiheit auch 2023 nicht wesentlich vorangekommen ist (s. S. 10).

Klaus-Peter Wolf Der Weihnachtsmann Killer. Ein Winter-Krimi aus Ostfriesland

**Fischer Taschenbuch Frankfurt a. Main 2023,
ISBN 978-3-596-70862-8, 251 S.**

Nach Weihnachten ist vor Weihnachten, d.h. dieser Krimi liest sich auch im Januar gut - zumal wenn Ann Kathrin Klaasen ermittelt.

Wie immer erzählt der Autor die Handlung je in einem Kapitel aus der Perspektive des Mörders und im nächsten aus der Perspektive der ErmittlerInnen. Ann Kathrins Ehemann Frank Weller ist wieder mit dabei und natürlich Möchtegern-best-of Kommissar Weller. Vielfach wird im Text auf andere Krimis des Autors Bezug genommen, so dass ErstleserInnen von Klaus-Peter Wolf gleich noch Hinweise darauf erhalten, was sie bisher verpasst haben.

Gemordet wird wieder reichlich, es gibt jedoch auch viel Lokalkolorit, das zum Schmunzeln einlädt - oder gar zum Besuch der Insel.

Wie auch immer: Glühwein gekocht, Plätzchen gebacken, das Buch geschnappt und fertig ist der perfekte Krimiabend!

Schulgeldfreiheit für Gesundheitsfachberufe – überall, nur nicht in Sachsen-Anhalt

Mit einem Antrag zur Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsberufen aus April 2023 hat Monika Hohmann, sozial- und bildungspolitische Sprecherin für die Fraktion Die Linke, seit Monaten für eine attraktivere Ausbildung in den Berufen Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie gekämpft:

„Deutschlandweit haben alle anderen Bundesländer eine von der Bundesebene unabhängige Möglichkeit gefunden, um die Schulgeldfreiheit für die schulischen Ausbildungen der Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie zu ermöglichen. Nur Sachsen-Anhalt will wieder auf eine Lösung vom Bund warten, welche nicht zeitnah in Sicht ist. Somit ist Sachsen-Anhalt mittlerweile das einzige Bundesland, welches bisher keine Schulgeldfreiheit im Bereich der Gesundheitsfachberufen gänzlich umgesetzt hat. Damit entscheidet sich die Landesregierung für die Beibehaltung von Hürden zur Aufnahme einer Ausbildung in den genannten Berufen und gegen attraktive Ausbildungsbedingungen in Sachsen-Anhalt.

Warum sollten junge Menschen in Sachsen-Anhalt eine Ausbildung in Gesundheitsfachberufen aufnehmen, wenn in unseren Nachbarbundesländern nicht

nur Schulgeldfreiheit besteht, sondern auch eine Ausbildungsvergütung für die schulischen Ausbildung gezahlt wird? Insbesondere in Sachsen-Anhalt muss die Landesregierung alles daran setzen, dass künftig ausreichend Fachkräfte in den Gesundheitsfachberufen die hohe Qualität unserer Gesundheitsversorgung gewährleisten, da Sachsen-Anhalt bundesweit die älteste Bevölkerung hat und dementsprechend stärker vom demografischen Wandel sowie dem Fachkräftemangel betroffen sein wird.

Natürlich hat sich mit der heutigen Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses das Thema für uns nicht erledigt. Wir bleiben weiterhin dran und werden spätestens zu den Verhandlungen des Haushalts 2025 wieder für die Schulgeldfreiheit für alle Gesundheitsfachberufe kämpfen.“

Eurofighter: Baerbocks feministische Außenpolitik in moralischer Bruchlandung

Zur Entscheidung der Bundesregierung, ihr Veto gegen den Export von Eurofighter-Kampfflugzeugen nach Saudi-Arabien zurückzuziehen, sagt Janine Wissler, Vorsitzende der Partei Die Linke:

"Die feministische Außenpolitik von Annalena Baerbock endet mit einer moralischen Bruchlandung. Ausgerechnet die Außenministerin will das frauenverachtende Regime von Saudi-Arabien mit Eurofightern beliefern. In dem autoritär geführten Königreich werden die Frauenrechte mit Füßen getreten. Frauen und Mädchen sind dort Menschen zweiter Klasse, Folter und Hinrichtungen sind an der Tagesordnung.

Zudem führt das Land einen brutalen Krieg im Nachbarland Jemen. Wenn Baerbock nun behauptet, dass die saudische Luftwaffe gegen Israel gerichtete Raketen der Huthi-Miliz abschießt, ist das nicht einmal die halbe Wahrheit. Tatsächlich nutzte Saudi-Arabien die Eurofighter bislang vor allem zur Bombardierung jemenitischer Zivilisten. Rücksichtslos warf die saudische

Luftwaffe Bomben auf Schulen und Krankenhäuser, dabei kamen tausende Frauen und Kinder ums Leben.

Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf, bei ihrem Veto gegen eine Ausfuhr von Eurofightern zu bleiben. Wer glaubwürdig für den Frieden in der Region eintreten will, der darf nicht noch mehr Waffen exportieren."



Hochwasser: Die Investitionsbremse muss abgeschafft werden

Die sog. Schuldenbremse muss zur Bewältigung der Hochwasserschäden ausgesetzt werden. Angesichts der Forderung des haushaltspolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Dennis Rohde, die Schuldenbremse zur Bewältigung der Hochwasserschäden in Niedersachsen auszusetzen, sagt Martin Schirdewan, Vorsitzender der Partei Die Linke:

Es ist folgerichtig, dass aus der SPD jetzt vor dem Hintergrund der Hochwasserschäden erneut Ausnahmen von der Kreditbegrenzung ins Spiel gebracht werden. Wieder einmal zeigt die Wirklichkeit, dass die Investitionsbremse realitätsfern ist und abgeschafft werden muss. Es reicht eben nicht, sich Gummistiefel anzuziehen und in Hochwassergebiete zu fahren. Die Ampel muss endlich kluge Finanzpolitik machen.

Das aktuelle Hochwasser mag relativ überraschend gekommen sein. Dass durch den Klimawandel Extremwetter immer häufiger wird, ist aber seit langem bekannt. Katastrophen dieser Art gehören leider zur neuen Normalität. Den Klimawandel zu stoppen und damit eine weitere Verschlimmerung zu verhüten, ist eine Aufgabe, die ihrerseits umfangreiche Investitionen erfordert. Jeder Euro, den wir für moderne Infra-

struktur, Ausrüstung der Kommunen und Länder und den Klimaschutz ausgeben, wird ein Mehrfaches der Summe an Schäden in der Zukunft verhindern. Wir müssen die Kreditbremse nicht aussetzen, wir müssen sie abschaffen. Kredite, die wir heute nicht für Vorsorge aufnehmen, brauchen wir morgen für Gummistiefel und Sandsäcke.

Staatliche Investitionen bringen nicht nur der Wirtschaft in der Gegenwart dringend benötigten Anstich und fließen teilweise auch als Steuereinnahmen wieder zurück in die Staatskasse. Investitionen sind auch immer Zukunftsinvestitionen. Ich glaube nicht, dass Herr Lindner sich hinstellen und den Kindern in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt erklären möchte, es sei generationengerecht, kein Geld für die Reparatur von Hochwasserschäden bereitzustellen.

Neue Luxus-Hubschrauber: Ampel beweist politischen Wahnsinn

Die Bundesregierung will trotz selbst auferlegtem Sparzwang für 200 Millionen Euro drei neue Luxus-Hubschrauber für u.a. den Bundeskanzler anschaffen.

Dazu erklärt die Vorsitzende der Partei Die Linke, Janine Wissler:

Das Spardiktat der Ampel wirkt fatal. Überall wird gekürzt - nur nicht bei der Rüstung. Die Ampel streicht den Bürgergeldbonus für Menschen, die eine Fortbildung absolvieren. Damit bestraft man jene, die sich weiterbilden wollen.

Gleichzeitig beschafft das Kanzleramt zusätzliche Luxus-Hubschrauber, während beim Bürgergeld und sozialen Vorhaben wie der Kindergrundsicherung gekürzt wird. Bei Erwerbslosen wird das Geld zum Essen um 170 Millionen gekürzt, gleichzeitig werden 200 Millionen für die VIP-Helis ausgegeben. Mit solchen Entscheidungen beweist die Ampel ihren politischen Wahnsinn und ihre falsche Prioritätensetzung.

Solange sich Lindner weigert, weiterhin Geld für notwendige Investitionen im Sozialen freizumachen, darf es keine Zusatzausgaben für unnötigen Schnickschnack wie diesen geben. Dazu gehören neben Luxus-Hubschraubern der Umbau des Kanzleramts für mehrere hundert Millionen und die steigenden Kosten für Werbefotos der Ministerinnen und Minister.



**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**